



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

18. Jahrgang, Nummer 02 / 2021

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

noch ist nicht bekannt, ob die neue Ampelkoalition wirklich einen gemeinsamen Start schaffen wird und welche ökologischen Schwerpunkte im Koalitionsvertrag festgehalten werden. Doch es ist absehbar, dass Themen wie Klimaschutz, Artensterben, der vollständige Atomausstieg oder die dringend notwendige Verkehrswende weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung von Bürgerinitiativen stehen müssen. Und zur Vernetzung und Unterstützung der Initiativen bleibt der BBU weiterhin ein relevanter Umwelt-Dachverband. Bitte unterstützt daher wohlwollend die Arbeit des BBU mit einer kleinen oder großen Spende. Nur wenn uns als bundesweitem Dachverband der Rücken gestärkt wird, können wir Gruppen vor Ort, aber auch aktiven Einzelpersonen, die sich vielfältig für den Umweltschutz einsetzen, engagiert und tatkräftig beistehen.

BBU-Spendenkonto:

**Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705
0198 0019 0026 66, SWIFT-BIC:
COLSDE33. Stichwort: Nach der Wahl!**

Und wer eine neue Bürgerinitiative gründen möchte, kann dazu gerne von uns Anregungen und Hilfestellungen bekommen. Bei Interesse bitte melden. Und Initiativen, die noch keinem Dachverband angehören, können gerne dem BBU beitreten (dies gilt auch für Privatpersonen, Bioläden, ökologisch arbeitende Handwerksbetriebe, Jugendgruppen etc.) Aufnahmeanträge findet man unter <https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen Euch weiterhin viel Kraft für euer Engagement für den Umweltschutz.

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktionsvorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine:

<http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Und: Nutzt die Vorteile der **Kooperation zwischen dem BBU und EWS Schönau**. Ausführliche Informationen: <https://bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>. Oder bei Fragen einfach in der BBU-Geschäftsstelle anrufen: 0228-214032.



Foto: Protest vor der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau gegen Schacht Konrad, 21.08.2021. Mit dabei: BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Hintergrund: <https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/24.08.21.pdf>

Themenbereiche

Anlagensicherheit

Katastrophe in Leverkusen

Am 27. Juli ereignete sich im Chem"park" der CURRENTA in Leverkusen eine gewaltige Explosion. In die Luft gegangen waren mehrere Tanks mit chemischem Sondermüll, unter anderem verschiedene chlorierte wie auch nicht chlorierte Lösungsmittel, die gefährlich dicht beinander standen.

Bei der Explosion starben sieben Menschen. 31 trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Leverkusen ist "Hochrisiko-Stadt" (Karl Lauterbach).

Zwar war CURRENTA die Betreiberin des Chem"parks". Es war aber der BAYER-Konzern, der die Anlagen in ihrer heutigen Form aufbaute – mitsamt der Sicherheitsarchitektur, die sich jetzt als gemeingefährlich erwiesen hat. Quelle und weitere Informationen: <https://cbgnetwork.org/7861.html>

Artenschutz

Fünf Vogelarten kämpfen um den Titel Vogel des Jahres 2022

Wer wird Vogel des Jahres 2022? Diese spannende Frage bewegt Naturinteressierte in Bayern und ganz Deutschland. Bei der zweiten öffentlichen Wahl des Jahresvogels von LBV und seinem bundesweiten Partner NABU führen zur Halbzeit Wiedehopf und Mehlschwalbe die Rangliste an. „Die drei Kandidaten Steinschmätzer, Feldsperling und Bluthänfling sind noch nicht aus dem Rennen und können sich den Titel Vogel des Jahres 2022 noch holen“, so der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer. Bisher haben bereits über 13.600 bayerische Naturfreund*innen abgestimmt. Deutschlandweit sind es mehr als 85.000. „Da wir aber erst Halbzeit haben und unser virtuelles Wahllokal noch ganze drei Wochen geöffnet ist, dürften es noch deutlich mehr Stimmen werden, die die Rangliste völlig verändern können.“ Bis zum 18. November ist das virtuelle Wahllokal unter www.vogeldesjahres.de freigeschaltet.

Aus einer Pressemitteilung des LBV vom 27.10.2021. Vollständiger Text: <https://www.lbv.de/presse>

Atomenergie

Trinationale Erklärung gegen Brennelemente-Joint-Venture Framatome/Rosatom in Lingen

Rund 80 Initiativen und Verbände aus mehreren europäischen Ländern, darunter auch der BBU, unterstützen eine trinationale Resolution gegen die Bewilligung einer russisch-französischen Atomkooperation durch die Bundesregierung zur Brennelementeproduktion in Lingen/Emsland. Sie fordern stattdessen ein Ende der Uranverarbeitung und eine De-Nuklearisierung Europas. Weitere Initiativen und Verbände können sich der Resolution anschließen. Weitere Informationen und Text der Resolution: <https://sofa-ms.de/?p=2122>

„Endlagersuche völlig neu austarieren!“

Stefan Studt von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat eingestanden, dass die Endlagersuche völlig neu austariert werden muss. Neben einer Atommülldeponie für hochradioaktive Abfälle müsse ein weiteres Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle gebaut werden, räumte der BGE-Chef mit Blick auf die Abfälle ein, die aus der havarierten, illegal betriebenen Atommülldeponie Asse II bei Wolfenbüttel zurückgeholt werden müssen. Grundlage für die Bergung dieser Abfälle ist ein Gesetz, das Bergwerk droht abzusaufen. „Die Asse II bringt es an den Tag!“, kommentiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Bereits im Rahmen der Fachkonferenz Teilgebiete, dem ersten formellen Beteiligungsformat für die Endlagersuche, bei der die Zivilgesellschaft sich Gehör verschaffen konnte, hatte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke gefordert, bei der Endlagersuche den Fokus auf alle Arten von Atommüll zu richten. Zu den geschätzt 200.000 Kubikmetern Nuklearmüll, der aus der Asse II geborgen werden muss, kämen noch rund 100.000 Kubikmeter uranhaltige Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau hinzu. Diese Atomfabrik ist vom Atomausstieg bisher ausgenommen.

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 19.10.2021.

Quelle: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de/2021/10/19/endlagersuche-voellig-neu-austarieren>

Atomenergie – keine Lösung der Klimakrise!

Dem BBU ist es wichtig zu betonen, dass insbesondere die Nutzung der Atomenergie die Klimakrise nicht lösen kann. Darum solidarisiert sich der BBU auch mit der Kampagne „Don't Nuke the Climate“. Und BBU-Vorstandsmitglied Buchholz fordert: „Bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin muss ein Stilllegungsfahrplan für die Uranfabriken in Gronau und Lingen aufgestellt werden. Es darf nicht sein, dass diese Uranfabriken unbegrenzt Nukleare Brennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt produzieren. Der sicherste und sinnvollste Schritt wäre die sofortige Stilllegung der umstrittenen Anlagen, bei deren Betrieb auch in großen Mengen Uranmüll anfällt.“ Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 21.10.2021. Vollständiger Text unter

<https://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/21.10.21.pdf>

Sonntags-Protest trotz Regen: Koalitionsverhandlungen sollen Stilllegung der Gronauer Uranfabrik vereinbaren

Trotz Regenwetter haben am Sonntag-Nachmittag (7.11.21) AtomkraftgegnerInnen aus Gronau und Umgebung vor der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) demonstriert. Mit einer Mahnwache forderten die rund 20 AtomkraftgegnerInnen die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik. Sie wollen, dass bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin ein Stilllegungsfahrplan für die Anlage beschlossen wird. Bisher hat die Urananreicherungsanlage eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Ebenso das Uranmüll-Lager neben der Uranfabrik. In dem Lager liegen aktuell vermutlich 20 - 30.000 Tonnen Uranmüll in Containern unter dem freien Himmel.

Veranstalter der Mahnwache war der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) organisiert ist.

Vor 45 Jahren, im Oktober 1976, wurde die erste Bürgerinitiative gegen die (damals geplante) Urananreicherung in Gronau gegründet. Und seit genau 35 Jahren (November 1986) treffen sich verschiedene Initiativen immer am ersten Sonntag im Monat zum Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage. Es ist eine der ältesten kontinuierlichen Protestaktionen der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung. Weitere Protestaktionen gegen die Gronauer Uranfabrik und die damit verbundenen zahlreichen Atomtransporte durch NRW, Niedersachsen und weitere Bundesländer, sind in Vorbereitung.

BBU-Pressemitteilung vom 07.11.2021

Friedensbewegung

Koalitionsverhandlungen: Appell für ein Rüstungsexportkontrollgesetz



Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. In der vergangenen Legislaturperiode genehmigte die Bundesregierung milliardenschwere Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten und an Länder, die an Kriegen und bewaffneten Konflikten der Gegenwart beteiligt sind.

Diese tödliche Rüstungsexportpolitik ist Folge der aktuellen rechtlichen Grundlagen für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte, die lückenhaft und widersprüchlich sind und angesichts der Tragweite einen unangemessenen Interpretationsspielraum lassen.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, appellieren daher an Sie, die Parteien, die die neue Koalitionsregierung verhandeln, ein wirklich restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und im Bundestag zu verabschieden (...).

Quelle und vollständiger Text:

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/appell-fuer-ein-ruestungsexportkontrollgesetz>

Gas- und Ölbohren

Geplante Erdölförderung im Wattenmeer

Das LBEG hat dem Antrag der Wintershall Dea vom 3. August 2020 auf Verlängerung der Erlaubnis „Heide-Restfläche“ stattgegeben. Mit Schreiben vom 21. Juni 2021 ist die ursprünglich bis zum 31.12.2020 (zwischenzeitlich verlängert bis zum 30.06.2021) erteilte Berechtigung zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen um 3 Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert worden. Quelle: <https://www.keinco2endlager.de/newsletter-februar-2021-2>

Gewässerschutz

Wem gehört das Wasser?

Unter diesem Titel hat der NDR eine Dokumentation über den Wasser-Verteilungskampf in Norddeutschland ausgestrahlt. <https://www.ndr.de/Themenschwerpunkt-Kampf-ums-Wasser-Unsere-kostbare-Ressource,wasser744.html>

Klimaschutz

Green Deal Richtlinien

Mit einem Rechtsgutachten im Auftrag des Österreichischen Klimaschutzministeriums (BMK) wurde einmal mehr der juristische Nachweis geliefert, dass Atomkraft in der EU nicht als grüne und nachhaltige Energie eingestuft werden darf. Hintergrund ist ein Streit der EU-Staaten um die sogenannte Taxonomie-Verordnung, die im Zuge des EU-Klimaschutzpakets Green Deal Richtlinien für grüne Finanzinvestments geben soll. Quelle und weitere Informationen: <https://dont-nuke-the-climate.org/blog/weiteres-gutachten-zur-eu-taxonomie>

Friedens- und Umweltorganisationen fordern Staaten auf, alle Emissionen von Rüstungsindustrie und Militär in die Klimaabkommen einzuberechnen

Anlässlich des internationalen Aktionstags zu Klimawandel und Militär veröffentlichte das Bündnis heute (4.11.2021) in Glasgow die Petition „Stop Excluding Military Pollution from Climate Agreements“. Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW ist Mitunterzeichnerin der Petition.

„Ohne die genaue Erfassung der Emissionen von Rüstungsindustrie und Militär kann keine ernsthafte Klimapolitik betrieben werden“, betont IPPNW-Vorsitzende Dr. med. Angelika Claußen. „Im Gegenteil: das Militär trägt durch seinen CO₂-Fußabdruck maßgeblich zum Klimawandel bei. Gleichzeitig zeigt die Forschung, dass Kriege und Konflikte durch die Klimakrise angeheizt werden. Um diese Spirale zu durchbrechen, muss konsequent abgerüstet und auf 100% erneuerbare Energien gesetzt werden. Militärische Emissionen müssen genau erfasst und in die Abkommen einbezogen werden.“

Aus einer IPPNW-Pressemitteilung vom 04. November 2021.

Vollständiger Text: <https://www.ipnww.de/presse/artikel/de/un-klimakonferenz-aktionstag-zu-kli.html>

Umweltinstitut München zu aktuellen Entwicklungen der Klimabewegung

Die internationalen Klimaverhandlungen bleiben meilenweit hinter dem Nötigen zurück und auch die deutschen Koalitionsverhandlungen stocken. Statt zu warten, dass sich die Politik endlich zu wirksamer Klimapolitik durchringt, fangen in Deutschland unzählige ehrenamtliche Initiativen einfach schon mal damit an. Bürgerinitiativen wie die Klimawende Köln oder Tschüss Erdgas in Potsdam machen vor, wie kommunaler Klimaschutz möglich ist. Mit dem Projekt „Klimawende von unten“ unterstützen wir sie. Henning Peters aus dem Energie- und Klima-Team des Umweltinstituts gibt einen Einblick in die bisherigen Erfolge.

Quelle und weitere Informationen:

<http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2021/klima/klimawende-wir-fangen-schon-mal-an.html>

Krebsregister NRW

Landesregierung muss für Rückgang der Krebserkrankungen in NRW sorgen

Die Bürgerinitiative „Dicke Luft“ in Herne hat sich mit den aktuellen Zahlen der Krebsfälle in Nordrhein – Westfalen, und speziell in Herne, befasst. Die Bürgerinitiative fordert von der Politik endlich Maßnahmen, um festzustellen, warum es im Ruhrgebiet und gerade auch in Herne, eine überdurchschnittliche Erhöhung der Fallzahlen bei Krebserkrankungen gibt.

„Die Bürgerinitiative ist eine Mitgliedsinitiative des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Die Forderung der Initiative nach Aufklärung ist berechtigt. Die NRW-Landesregierung muss den Krebs-Fallzahlen nachgehen und ist generell gehalten, landesweit mit geeigneten Maßnahmen für den Rückgang der Krebserkrankungen zu sorgen“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Weitere Informationen:

<https://www.verbaende.com/news.php/Landesregierung-muss-fuer-Rueckgang-der-Krebserkrankungen-in-NRW-sorgen?m=144171>,

<https://www.dickeluft-herne.de>



Landwirtschaftspolitik

Wir haben es satt – Demo im Januar 2022

Die nächste Großdemonstration für einen Neustart in der Landwirtschaftspolitik findet am 22. Januar 2022 in Berlin statt. Mehr dazu schon jetzt unter <https://www.wir-haben-es-satt.de>

Planungssicherstellungsgesetz / Stromautobahnen

Protest gegen die Höchstspannungsleitung Ultratnet in Hofheim

Die Bürgerinitiative gegen den Bau der Höchstspannungsleitung Ultratnet in Hofheim will den Druck auf den Stromnetz-Giganten Amprion und die Bundesnetzagentur erhöhen.

Die Bürgerinitiative will ggf. gegen die Leitung juristisch bis vor den Europäischen Gerichtshof gehen. (Frankfurter Neue Presse, 3.8.2021). Kritik übt die Bürgerinitiative auch an dem Planungssicherstellungsgesetz, gegen das sich auch der BBU zur Wehr setzt. Der letzte Erörterungstermin zum Bau der Hochspannungseitung wurde Online abgehalten „zu einem Zeitpunkt, als es schon wieder große Veranstaltungen gegeben habe. Die Bundesnetzagentur habe das wegen der Pandemie geltende Planungssicherstellungsgesetz genutzt, um die ungeliebte Bürgerbeteiligung zu umgehen“, so die FNP.

Vollständiger Artikel: <https://www.fnp.de/lokales/main-taunus/hofheim-ort74520/hofheim-buerger-wollen-bis-vor-den-europaeischen-gerichtshof-90898079.html>

Tonergefahren

Bußgeldkatalog

Im Bußgeldkatalog heißt es: „Wenn Sie Ihre Tonerkassetten falsch entsorgen, kann dies ein Bußgeld nach sich ziehen. Die Geldsanktionen variieren dabei je nach Bundesland und können für eine einzelne Kartusche bis zu 400 Euro betragen.“ <https://www.bussgeldkatalog.org/umwelt-toner-entsorgen>

Im Juni befasste sich auch Die Tagespost mit den Tonergefahren:

<https://www.die-tagespost.de/politik/wirtschaft/toner-auffuellen-oder-entsorgen-und-welche-gefahren-gibt-es-art-218993>. Ausführliche Informationen zum Thema unter <https://www.nano-control.org>

Umweltrecht

BBU: Wiederholung der Online-Konsultation zu Tesla reicht nicht aus

Die notwendige Wiederholung der Online-Konsultation für die Errichtung und den Betrieb der Automobilfabrik von Tesla im brandenburgischen Grünheide ist für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) nur ein Symptom für ein von Grund auf defizitäres Genehmigungsverfahren. Der Umweltverband fordert, die Vorgehensweise unter dem Motto „Schnelligkeit statt Korrektheit“ aufzugeben, die die Landesregierung Brandenburgs und Tesla für das Genehmigungsverfahren durchgesetzt haben. Es ist nun dringend geboten, das weitere Genehmigungsverfahren mit einem veränderten Leitbild durchzuführen, welches konsequente Sachverhaltsermittlungen und die Durchsetzung klarer Anforderungen gegenüber Tesla umfasst. Dies beinhaltet auch eine Neuauslegung überarbeiteter und ungeschwärtzter Antragsunterlagen, in deren Rahmen die Veröffentlichung neuer, in Auftrag gegebener Gutachten erfolgen muss.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 22.10.2021. Vollständiger Text unter

<https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202021/22.10.21.pdf>

OFFENER BRIEF der Grünen Liga Brandenburg und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU): Erörterungstermine in umweltrechtlichen Verwaltungsverfahren

Sehr geehrte Frau Hasselmann, sehr geehrter Herr Kutschaty, sehr geehrter Herr Kuhle, mit diesem Schreiben möchten wir uns an Sie als Vertreterin und Vertreter Ihrer Parteien in der Arbeitsgruppe 1 „Moderner Staat und Demokratie“, die insbesondere die Themen „Planungsbeschleunigung und Partizipation“ im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP behandelt, wenden.

Die unterzeichnenden Organisationen sind äußerst besorgt, dass aufgrund zukünftiger Entscheidungen in Koalitionsverhandlungen über Planungsbeschleunigungen Erörterungstermine in umweltrechtlichen Verfahren gänzlich entfallen könnten oder nur noch in Ausnahmefällen durchgeführt würden. Der Erörterungstermin ist eine seit Jahrzehnten bestehende Errungenschaft im Umweltrecht und Ausdruck einer Gesellschaft, die auf Partizipation setzt. Erörterungstermine sind ein fester Bestandteil unserer gelebten Demokratie. Sie stellen einen Dialog auf Augenhöhe mit der Bevölkerung dar. Auf einem derartigen Termin können Einwendende, Antragsteller sowie Behörden ganz erheblich zu einer optimalen Sachverhaltsaufklärung und damit zu sachgerechten Entscheidungen beitragen.

Vollständiger Text des Briefes: [https://bbu-](https://bbu-online.de/Stellungnahmen/Erörterungstermine%20in%20umweltrechtlichen%20Verwaltungsverfahren%20-%20Offener%20Brief.pdf)

[online.de/Stellungnahmen/Erörterungstermine%20in%20umweltrechtlichen%20Verwaltungsverfahren%20-%20Offener%20Brief.pdf](https://bbu-online.de/Stellungnahmen/Erörterungstermine%20in%20umweltrechtlichen%20Verwaltungsverfahren%20-%20Offener%20Brief.pdf)

Verkehr

mobilogisch! 3/21 erschienen

In der Spätsommer-Ausgabe (3/21) der mobilogisch stellen wir eine Studie zur Mikromobilität vor: Wann benutzt man warum E-Roller? – Ein Interview zur Planung von (dann nicht mehr) wilden Wunschwegen. – Legenden des Falschparkens werden von einem Juristen widerlegt. – E-Roller: Sich einen Dreck teilen. – Für bessere Radverkehrsplanung wird Radverkehr erst mal simuliert. – Piktogramme auf der Fahrbahn helfen Radler:innen. – Eklatante Benachteiligung des Fußverkehrs beim Modal Split. – Dieses Mal in unserer Reihe der Best practice: Bogota und Mexico City. – Ein Spaziergang durch die Kfz-Statistik bringt Erstaunliches zutage. – Antworten auf die Wahlprüfsteine des FUSS: Stolpert da wer? – Was vom Pakt für Verkehrssicherheit zu halten ist: Zero Vision - ISA: Ausgebremste Tempobremse. – Unsere Satire-Seite „Kotflügel“, im „Fort-Schritt“ gute Nachrichten, Rezensionen, Termine...

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>

Der BUVKO ging online - ein Rückblick

Der 23. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress BUVKO konnte in diesem Jahr nicht in Präsenz stattfinden. Stattdessen wurde er Online vom 9. - 13. Oktober unter dem Motto "Ist noch 'Platz da'? Mehr Raum für Menschen" veranstaltet.

Um Ihnen als (Nicht)-Teilnehmer:in einen Rückblick zu bieten, haben wir hier Material zusammengestellt.



Weitere Angebote werden erarbeitet und sind dann auch unter diesem Link erreichbar.

Wir würden uns freuen, wenn noch weitere Teilnehmer:innen uns mitteilen, wie ihnen der BUVKO gefallen hat.

Der 24. BUVKO soll im März 2023 an der Leuphana Universität in Lüneburg stattfinden. Hier können Sie erfahren, warum Lüneburg als Veranstaltungsort geradezu zwingend ist.

Quelle und weitere Informationen: <https://www.umkehr.de>

Bundesweite Proteste gegen Autobahnbau und für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende

Am Wochenende vom 8. – 10. Oktober fanden bundesweit zahlreiche Aktionen für die Mobilitätswende statt. Dazu aufgerufen wurde von einer offenen Vernetzung von lokalen Verkehrswendeinitiativen und Umweltgruppen unter dem Motto: „Sozial- und klimagerechte Mobilitätswende Jetzt!“.

Viele Aktionen richteten sich gegen den Neu- und Ausbau von Autobahnen: Etwa eine Menschenkette an der geplanten A20, eine Raddemo gegen die A39 in Lüneburg, eine Podiumsdiskussion am Dannenröder Wald oder Demos gegen Autobahnerweiterungen in Dresden und Frankfurt am Main.

Quelle und vollständige Pressemitteilung:

<https://wald-statt-asphalt.net/bundesweite-proteste-fur-eine-soziale-und-klimagerechte-mobilitatswende>

Verkehrswende abgesagt? Bahn für Alle fordert Nachsitzen beim Thema Verkehr

Die auf zwölf Seiten vorgestellten Sondierungsergebnisse von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP lassen für den Verkehrssektor nichts Gutes erwarten. Zentrale Punkte zur Verkehrswende und Stärkung des Systems Schiene fehlen.

Anriss einer Pressemitteilung vom 27.10.2021 von Bahn für Alle zu den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP. Vollständiger Text: <https://bahn-fuer-alle.de/verkehrswende-abgesagt-bahn-fuer-alle-fordert-nachsitzen-beim-thema-verkehr>

Bahn-Zerschlagung verhindert die Klimabahn

Angesichts von Ampel-Nachrichten über eine geplante Zerschlagung der Deutschen Bahn erklären das Bündnis Bahn für Alle, Attac Deutschland und Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB): Wir brauchen die Verkehrswende, und dazu benötigen wir die Bahn. Aber keine kaputte, weitgehend privatisierte Bahn, sondern eine demokratisch gesteuerte Bahn, die Menschen und Güter von der Straße auf die Schiene bringt: die Klimabahn.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 08.11.2021 von Bahn für Alle, Attac Deutschland und Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB); der BBU wirkt im Bündnis Bahn für Alle mit.

Vollständiger Text der Pressemitteilung: <https://bahn-fuer-alle.de/bahn-zerschlagung-verhindert-die-klimabahn/>

Waldschutz

Offener Brief an Ministerinnen: Buchenwälder brauchen besseren Schutz

Deutschland werde seiner Verantwortung für eine angemessene Bewahrung der Buchenwälder nicht gerecht, beklagen rund 60 Wald- und Naturschutzorganisationen in einem Offenen Brief an die (bisher) zuständigen Ministerinnen Klöckner und Schulze anlässlich des "Tags der Buchenwälder".

Den Verbänden zufolge habe der Nutzungsdruck auf Buchenwälder insgesamt erheblich zugenommen - ein Umstand der im Widerspruch zur Anerkennung des 'außergewöhnlichen universellen Werts als einzigartige Naturlandschaften' der alten deutschen Buchenwäldern durch die UNESCO stehe.

Quelle und weitere Informationen:

https://www.pro-regenwald.de/news/2021/06/25/OffenerBrief_Welterbe_Buchenwaelder

Nachruf

Der BBU trauert um sein ehemaliges Vorstandsmitglied Peter Willers

Peter ist am 5. Mai 2021 im Alter von 86 Jahren gestorben. Hier die Traueranzeigen aus dem Weser-Kurier:

<https://trauer.weser-kurier.de/traueranzeige/peter-willers>

Umfangreiche Informationen über Peters engagiertes Leben findet man unter

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Willers

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2021, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.11.2021. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: udo.buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an udo.buchholz@bbu-bonn.de abbestellen.